

Weimarer Erklärung

Einen Neustart gibt es nur mit Grün: Klima, Arbeit, Gerechtigkeit, Freiheit

15. Januar 2010

1. Grüne Politik – Wichtiger denn je

In den letzten Jahren haben sich drei globale Krisen zugespitzt, überschritten und gegenseitig verstärkt: Die globale Erwärmung schreitet beschleunigt voran. Spekulation hat die schwerste Wirtschaftskrise seit langem ausgelöst. Heute hungern mehr als eine Milliarde Menschen.

Klima- Wirtschafts- und Ernährungskrise haben eine gemeinsame Ursache: Sie sind auch Ergebnis einer unregelten, globalisierten und durch den Finanzsektor dominierten Wirtschaftsweise.

Keine dieser Krisen ist für sich alleine lösbar. Nur wenn ihre Ursachen gemeinsam angegangen werden, wird es gelingen, diese Krisen zu überwinden. Bündnis 90/Die Grünen sind die gesellschaftspolitische Kraft, die diese Auseinandersetzung führen will und sie vorantreibt: Wir entwickeln Konzepte und schieben notwendige Debatten an. Wir ermuntern und unterstützen bürgerschaftliches Engagement. Und wir ermöglichen durch unsere Arbeit in den Parlamenten ebenso wie durch die Übernahme von Regierungsverantwortung in Bund, Ländern und vielen Kommunen das Erreichen unserer Ziele.

Ein simples „Weiter so!“ oder gar ein Zurück zu den Rezepten der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts kann es mit uns nicht geben. Es bedarf eines umfassenden sozial-ökologischen Umbaus unseres Landes. Dafür brauchen wir auch ein Umsteuern auf Ebene der Europäischen Union genauso, wie eine verstärkte globale Kooperation.

Nicht nur Deutschland hat zu lange auf Kosten anderer, auf Kosten nachfolgender Generationen und auf Kosten der natürlichen Grundlagen unseres Lebens gewirtschaftet.

Ein an den Mustern des Industriezeitalters ausgerichteter Kapitalismus vernichtet seine eigenen Grundlagen.

Das Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen zeigt, dass die verantwortlichen Regierungen zwar von einer neuen Politik reden, eine wirkliche Neuausrichtung aber weder vollziehen können noch wollen. Die deutsche Bundesregierung hat daran einen gehörigen Anteil: Durch die Verhinderung konkreter Finanzzusagen und ambitionierter europäischer Reduktionsziele ohne Bedingungen hat Bundeskanzlerin Merkel zum Scheitern des Gipfels beigetragen.

2. Ein grüner Neuer Gesellschaftsvertrag

Es gilt, das Zusammenleben der Menschen auf ein neues, nachhaltiges Fundament zu gründen: auf einen grünen Neuen Gesellschaftsvertrag, der das Leben, Wirtschaften und Haushalten auf Kosten anderer beendet. Alles, was diesem Prinzip nicht entspricht, wird keinen Bestand haben.

Dieser Gesellschaftsvertrag bildet den Rahmen für unser Produzieren und Konsumieren – aber auch für politisches Handeln.

Ein Gesellschaftsvertrag muss für mehr Gerechtigkeit sorgen - durch Investitionen in eine andere Bildungsinfrastruktur, aber auch durch den Stopp der Umverteilung von unten nach oben mit immer neuen Steuersenkungen für Besserverdienende.

Ein grüner Neuer Gesellschaftsvertrag beendet den Irrglauben an Wachstum als Allheilmittel. Investitionen in Klima, Bildung und Gerechtigkeit erzeugen Wachstum. Aber: Wachstum ist kein Selbstzweck. Dem Wachstum sind Grenzen gesetzt, schon allein durch die Begrenztheit natürlicher Ressourcen.

Wachstum sieht sich auch ökonomischen Grenzen gegenüber. Eine dauerhafte Abkoppelung des Wachstums der Finanzbranche von der realen Wertschöpfung erzeugt zyklische Krisen globalen Ausmaßes. Und wahr ist auch: Keine Wachstumsrate wird so hoch ausfallen, dass allein dadurch die aufgelaufene Staatsverschuldung beglichen werden könnte – allemal dann nicht, wenn die Einnahmen des Staates durch weitere Steuersenkungen noch zusätzlich verringert werden.

Wir fordern Investitionen in Klima, Bildung und Gerechtigkeit. Wir brauchen einen handlungsfähigen, demokratisch legitimierten Staat, der allen Bürgerinnen und Bürgern die Chance auf Teilhabe gibt. Das ist der Kern des grünen Neuen Gesellschaftsvertrags.

Wir sind mit dem grünen Neuen Gesellschaftsvertrag für Klima, Arbeit, Gerechtigkeit und Freiheit angetreten. Unseren Wahlerfolg verstehen wir als Auftrag, dieses Versprechen einzulösen.

3. Regierung ohne Orientierung und ohne Plan

Bisher gilt für Schwarz-Gelb: Außer Spesen nichts gewesen. Die Regierung von Union und FDP hat einen Fehlstart sondergleichen hingelegt. Besserung ist nicht absehbar: Denn dies ist Ausdruck programmatischer Orientierungslosigkeit und handwerklichen Unvermögens.

Wir erleben eine Regierung ohne Werte, Ziele und Ordnung. Die Wunschkoalition von Merkel, Westerwelle und Seehofer entpuppt sich als Krisen-Trio. Der Dauerstreit hinterlässt das Land in dieser schwierigen Zeit faktisch ohne Regierung. Klimaschutz nach Kopenhagen-, Konsequenzen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise, Energiewende, Gerechtigkeitslücken und eine Strategie für Afghanistan: Die Fragen drängen, aber Schwarz-Gelb hat keine Antworten. Diese Koalition hat weder das Ausmaß der Krisen begriffen noch besitzt sie einen funktionierenden Kompass für den Weg hinaus. Wo Taten gefragt sind, regiert die hohle Phrase. Wo Umsteuern erforderlich ist, gibt es mehr vom Alten und Gleichen.

Die schwarz-gelbe Energiepolitik führt zu einer massiven Blockade für die Schaffung neuer verlässlicher Jobs durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Statt die durch eine zu hohe, unflexible Grundlast verursachte Verstopfung der Netze zu mindern, soll diese durch das teure Festhalten an der Atomkraft und den Zubau neuer Kohlekraftwerke noch weiter vergrößert werden. Beides wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen. Die Leitlinien für eine neue Energiepolitik werden von der Regierung erstmal ein Jahr vertagt. Dies verhindert dringend notwendige Investitionen bei Mittelstand und Industrie.

Das Land wird regiert von Willkür und Klientelpolitik. Es scheint, als agiere Schwarz-gelb außerhalb von Raum und Zeit. Die unsinnigen Steuernachlässe für Hoteliers, Erben und Unternehmer haben in Zeiten dramatischer Finanznot der öffentlichen Hand fatale und nicht hinnehmbare Konsequenzen. Die Koalition hat jährlich eine Milliarde Euro für Hoteliers übrig, aber nicht mehr als 400 Millionen Euro für den weltweiten Klimaschutz. Die Ungleichbehandlung bei den Kindern ist schäbig. Die Kinder der Reichen werden mit zusätzlich je 443 Euro gefördert, die Kinder der Mittelschicht zusätzlich mit 240 Euro, die mehr als 1,8 Millionen Kinder der Ärmsten mit genau 0 Euro.

Der Gesundheitsminister bereitet mit seiner Kopfpauschale eine grundsätzliche Aufkündigung des Solidarprinzips vor, er stellt dazu Lobbyisten der privaten Krankenkassen ein. Wir werden eine Kampagne gegen die Kopfpauschale machen und für unser Modell einer solidarischen Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege werben. Der Arbeitsminister wurde von der Kundus-Affäre eingeholt und musste schon einen Monat nach Amtsantritt zurücktreten, weil er die Öffentlichkeit belogen hatte. Der neue Verteidigungsminister inszeniert sich als Aufklärer, verstrickt sich dabei aber selbst in Widersprüche und setzt die Vertuschungsversuche fort. Der neue Entwicklungsminister trampelt als Elefant durch den Porzellanladen des ihm fremden Politikfeldes und denunziert sein Ministerium dummdreist als Weltsozialamt. Und der neue Außenminister ignoriert die Realität in Deutschland mit seinem andauernden Ruf, die Staatskassen zu plündern.

Und die Bundeskanzlerin? Sie regiert noch immer nicht, jetzt hat sie selbst das Moderieren eingestellt. Schwarz-Gelb hat sich das Etikett des „bürgerlichen Lagers“ umgehängt, verstößt aber gegen alle bürgerlichen Tugenden. Bürgerinnen und Bürgern haben einen Anspruch auf eine Politik, die sich am Gemeinwohl orientiert und die das Heute mit dem Morgen verbindet. Den schwarz-gelben Klientelismus,

den hemmungslosen Egoismus und diese Politik der Zukunftsvergessenheit haben die Wählerinnen und Wähler nicht verdient. Deutschland kann es besser.

4. Schwerpunkte grüner Oppositionsarbeit

Der Fehlstart der Koalition spornt uns an, unsere Verantwortung als Opposition umso stärker wahrzunehmen. Bündnis 90/Die Grünen werden sich als leidenschaftliche, angriffsfreudige, aber zugleich konstruktive und kreative Opposition präsentieren. Wir wollen Schwarz-Gelb beenden – so schnell wie möglich.

Wir werden diejenigen sein, die im Parlament die Opposition gegen die falsche Politik der Regierung anführen, indem wir ihre Fehler treffsicher kritisieren, sie mit unseren Gegenkonzepten konfrontieren und mit allen parlamentarischen Mitteln kontrollieren.

Für einen grünen Neuen Gesellschaftsvertrag, der den Rahmen setzt für eine grüne Alternative zur schwarz-gelben Politik der sozialen Kälte, der ökologischen Zerstörung und der ökonomischen Unvernunft, wollen wir folgende Schwerpunkte setzen:

a) Ein Grüner New Deal für 1 Million Jobs und einen neuen Ausgleich

Unsere Antwort auf die Klima-, Finanz- und Wirtschaftskrise ist der grüne „New Deal“. Er verbindet Ökologie, wirtschaftlichen Erfolg und soziale Gerechtigkeit miteinander.

Wir wollen mit einem sozialökologischen Ordnungsrahmen und mit Wettbewerb für Klimaschutz und Gerechtigkeit sorgen. Wir wollen die strukturellen Defizite der Wirtschaft beheben, die eine Gefahr für die Arbeitsplätze in den alten Schlüsselindustrien Automobilbau, Chemie und Maschinenbau bilden. Viele dieser Jobs haben eine Zukunft, aber nur, wenn sich unsere Industrie ökologisch erneuert. Den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft in allen Branchen und Sektoren wollen wir durch politische Rahmenbedingungen unterstützen und neues und nachhaltiges Wirtschaften durch öffentliche Programme fördern. Der Blaumann muss grün werden, sonst hat er keine Zukunft. Die Entwicklung moderner Technologien und Wirtschaftszweige ist für uns keine Nische, sondern muss alle Wirtschaftsbereiche durchdringen und zum Markenzeichen von „made in Germany“ werden. 1 Millionen neue Jobs können wir so schaffen. Statt schmutziger Lohnkonkurrenz wollen wir einen Wettbewerb um die intelligentesten, effizientesten und nachhaltigsten Lösungen und Produkte.

Gezielte Investitionen in Zukunftsbereiche sind ein wichtiger Bestandteil unseres Green New Deal, ebenso wie eine Regulierung der Finanzmärkte und eine Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik, die eine gerechte Verteilung mit konjunktureller Belebung und wirtschaftlicher Dynamik zu verbinden sucht. Wir sind überzeugt: Ein grüner New Deal ist nicht nur möglich, er ist dringend nötig – national, europäisch und international. Aber wir wissen auch: Für seinen Erfolg gibt es noch viel konzeptionelle Kärnerarbeit zu leisten.

b) Wachstum in hochentwickelten Volkswirtschaften unter Bedingungen der Klimakrise

Über Arten, Grenzen und Dimensionen des Wirtschaftswachstums diskutieren die Grünen seit ihrer Gründung. Inzwischen besteht selbst bei vielen, die das oftmals belächelt haben, kein Zweifel mehr: Diese Diskussion ist nach dem gescheiterten Klimagipfel von Kopenhagen aktueller denn je. Wir brauchen einen kritischen Wachstumsdiskurs in der Gesellschaft. Denn ein blinder und unqualifizierter Wachstumsoptimismus ist nicht mehr als eine naive unrealistische Hoffnung. Der Wachstumsoptimismus bringt die ganze Hilflosigkeit der Regierung auf den Begriff, aber eine Antwort auf die strukturellen und existenziellen Probleme in Zeiten dramatischer ökologischer Entwicklungen und globaler Wettbewerbsverhältnisse ist er nicht.

Wir werden unseren Vorsprung und unsere Erfahrungen in dieser Debatte nutzen, um ein neues differenziertes Konzept nachhaltiger Wirtschaftsweise zu entwickeln. Dazu wollen wir verschiedene Modelle des Wachstums, eine alternative Messung von Wohlstand und Zufriedenheit und das Zusammenspiel mit dem Arbeitsmarkt und den sozialen Sicherungssystemen mit einbeziehen. Anstelle blinden Wachstums

brauchen wir eine Politik, die klar sagt, welche Bereiche wachsen und welche besser schrumpfen sollen. Politik muss sich entscheiden, muss eine klar erkennbare Richtung einschlagen.

Umsteuern benötigt definierte Rahmenbedingungen. Deshalb wollen wir in Deutschland die Minderung des CO₂-Ausstoßes um 40 Prozent bis 2020 und um mindestens 90 Prozent bis 2050 in einem Klimaschutzgesetz festschreiben und die Einhaltung verbindlicher Zwischenziele regelmäßig überprüfen.

Wir wissen, dass wir in Zukunft anders leben werden. Die Frage ist, ob und wie wir dies gestalten: Die Debatte darüber, was uns und für unser Zusammenleben wirklich wichtig ist, gehört dazu. Aber auch die Frage, wie wir Wohlstand und ein gutes Leben definieren und wie wir beides erreichen können, und zwar nicht nur für uns selbst, sondern auch für die Nachbarn in der Nähe und in der Ferne.

c) Die Spaltung der Gesellschaft überwinden. Soziale Gerechtigkeit in Zeiten knapper Kassen.

Neoliberale Deutungsmuster haben keine Zukunft. Rhetorisch prangern zwar alle Sonntagsreden die Spaltung der Gesellschaft und die wachsende Schere zwischen Arm und Reich an, doch die notwendigen Konsequenzen werden bisher kaum gezogen. Schwarz-Gelb bekennt sich zu den „Leistungsträgern“, meint damit aber kaum mehr als das Recht des Stärkeren und legitimiert Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Entsolidarisierung. Leistungsträger aber sind nicht jene, die sich bereichern, sondern diejenigen, die sich gemeinwohlorientiert einbringen und ihren Beitrag für gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten.

Statt Umverteilung von unten nach oben wollen wir u. a. durch eine Erhöhung des ALG II auf das soziokulturelle Existenzminimum, die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns und des grünen Progressivmodells Armut bekämpfen und gering Qualifizierten Beschäftigungschancen eröffnen. Statt der sozialen Spaltung zu begegnen, verschärft die schwarz-gelbe Koalition die Schiefelage durch ihre steuerpolitische Agenda. Grüne machen ihr Modell gerechter und wirtschaftlich nachhaltiger gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Wohlstandsverteilung zur Leitlinie ihrer Politiken. Wir halten fest am normativen Postulat des sozialen Ausgleichs und wollen das Spannungsverhältnis von Sozialstaatlichkeit und Haushaltskonsolidierung nicht einseitig auflösen.

Dafür bedarf es eines handlungsfähigen Staates. Dieser muss nachhaltig finanziert sein. Dazu gehört auch eine grundlegende Finanzreform für Städte und Gemeinden, anstatt diese durch Kürzungen bei sozialen Leistungen, den Wegfall der Gewerbesteuer oder weiterer Steuersenkungen immer weiter zu schwächen. Die Dauerkrise der Koalition spiegelt wider, dass die Regierungsparteien mit ihren überholten Ideologien an der neuen Realität von Staat und Markt scheitern.

d) Bürgerrechte und mehr Demokratie für ein neues Jahrhundert

Die Bürgerrechtspolitik der Großen Koalition war ein Desaster. Das gilt vor allem für die Netzpolitik durch die Einführung der Online-Durchsuchung, der Internetsperren und der Vorratsdatenspeicherung. Die FDP hat ihre Kritik an dieser Politik inzwischen eingestellt. Schon bei der ersten Gelegenheit – der Abstimmung über das SWIFT-Abkommen im EU-Ministerrat – ist sie eingeknickt. Jetzt, nach dem gescheiterten Terroranschlag von Detroit, schickt sie sich an, weitere hektische Symbolmaßnahmen wie den Nacktscanner einzuführen und in die fehlgeleitete Sicherheitshysterie einzustimmen.

Wie Bürgerrechtspolitik im neuen Jahrhundert aussehen muss und wie man auf neue Herausforderungen - vom internationalen Terrorismus über die mobile Kommunikation bis hin zum Internet und neuen digitalen Welten - angemessen reagiert, das wollen wir in den kommenden vier Jahren deutlich machen und Antworten präsentieren, die Sicherheit, Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen nicht in falsche Gegensätze bringt.

Bürgerrechtspolitik heißt auch Gleichstellung für Migrantinnen und Migranten. Deshalb wollen wir den integrationsfeindlichen Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht abschaffen und die Einbürgerung auch durch Hinnahme von Mehrstaatlichkeit erleichtern.

Wir wollen Bürgerinnen und Bürger stärker an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen, z.B. durch mehr direkte Demokratieelemente oder auch durch die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements.

e) Gerechte Globalisierung und internationale Friedensordnung

In einer Weltordnung im Wandel setzen wir eine gerechte Weltwirtschaft und den kooperativen Interessenausgleich. Wir werden darlegen, wie wir auch unter veränderten Vorzeichen der globalen Machtarithmetik, mit einem multilateralen Ansatz einen Lastenausgleich zwischen Nord und Süd, aber auch eine durchsetzungsfähige Menschenrechtspolitik verfolgen können. Auch friedenspolitisch bleibt das Ziel einer gerechten Globalisierung alternativlos. Konfliktursachen lassen sich nicht militärisch lösen, sondern nur durch nachhaltige Entwicklung, durch den Auf- und Ausbau gerechter Strukturen, durch fairen Ressourcenausgleich und durch eine umfassende Politik der Krisenprävention.

Wir werden deshalb die Aspekte einer gerechten Welthandelsordnung, einer effektiven Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte, die Einhaltung der Finanzierungszusagen für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele, einer menschenrechtlichen Ausrichtung in der Entwicklungszusammenarbeit, auch der Budgethilfen, einer Politik für Entwicklung und eine gerechte Globalisierung in Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen in das Zentrum unserer parlamentarischen Arbeit rücken.

Da, wo international Militär eingesetzt wird, muss das in den engen Grenzen des Völkerrechts geschehen. Es darf keine zivilen Antworten verdrängen, wie es in Afghanistan zu lange geschehen ist. Afghanistan bedarf einer zivilen Aufbau- und militärischen Abzugsperspektive, anstatt eines permanenten Streits über zusätzliche Soldaten für das Land.

5. Zehn Schritte zu Beginn der Wahlperiode

Bündnis 90/Die Grünen sind die Alternative zu Schwarz-Gelb, zu einer offensichtlich regierungsunfähigen Regierung. Unsere Schwerpunkte und Leitlinien setzen wir in konkrete Initiativen um. Zu den ersten parlamentarischen Aktivitäten gehören:

1. Wir beantragen die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu Gorleben.
2. Wir werden den Antrag stellen, dass eine Reduzierung der Treibhausgase um 40 Prozent bis 2020 für Deutschland verpflichtend wird und durch ein Klimaschutzgesetz umgesetzt wird.
3. Wir beantragen eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, die untersucht, wie ökologisch verträgliches Wirtschaftswachstum möglich ist und wie unter den Bedingungen der Globalisierung eine ökologisch, sozial und gemeinwohlorientierte Alternative aussehen könnte.
4. Wir werden einen Antrag zur Umsetzung unseres Bildungssolis einbringen, für die Verbesserung der Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur und wollen das Kooperationsverbot in der Bildung beenden
5. Wir werden einen Antrag stellen, das ALG II auf 420 Euro zu erhöhen. Wir wollen die Kinderregelsätze bedarfsgerecht erhöhen, um dann eine bedingungslose Kindergrundsicherung für alle Kinder einzuführen.
6. Wir werden einen Antrag einbringen, der in der Leiharbeit den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ sicherstellt. Darüber hinaus fordern wir in diesem Bereich die Einführung eines Mindestlohnes.
7. Wir werden den schwarz-gelben Plänen von Steuerkürzungen und Rekordverschuldung ein verantwortungsvolles Haushaltskonzept entgegensetzen, das konsequente Aufgabenkontrolle und Einnahmeverbesserung, wie z.B. eine Vermögensabgabe, Zukunftsinvestitionen und Konsolidierung verbindet.
8. Wir werden beantragen, die Vorratsdatenspeicherung, die Arbeitnehmerdatensammlung ELENA, die Internetsperren und die heimliche Online-Durchsuchung sofort auszusetzen und ein umfassendes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz auf den Weg zu bringen.
9. Wir werden die Bundesregierung auffordern, noch vor der Sommerpause konkrete Ziele für den Schutz der biologischen Vielfalt zu formulieren und deutlich zu machen, wie sie den Schutz der Biodiversität in allen Politikbereichen konkret verankern wird.
10. Wir beantragen, dass die Zusage Deutschlands für die Einhaltung des europäischen Stufenplans im Bereich der Entwicklungsfinanzierung und für die Millenniumsziele eingehalten wird.